04.05.2021
STADTENTWICKLUNG

Urbane Resilienz stärken

Was lässt sich aus den bisherigen Erfahrungen mit der Corona-Pandemie für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung ableiten? Mit dieser Frage beschäftigt sich das Memorandum „Urbane Resilienz“, das am 4. Mai 2021 auf dem Bundeskongress zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik verabschiedet wurde. Das Memorandum wurde durch einen interdisziplinären Expertenbeirat aus Wissenschaftlern, kommunalen Praktikern und zivilgesellschaftlichen Akteuren erarbeitet.

Städte sollen widerstandsfähig werden

Resilienz ist kein neuer Begriff. Er taucht in der Psychologie auf, wird in den letzten Jahren aber häufig auch bei ökologischen Fragen – gerade im Zusammenhang mit dem Klimawandel – verwendet. Nun geht es also auch um Resilienz in der Stadtentwicklung. Urbane Resilienz meint dabei die Fähigkeit von Städten, auf Krisen und Katastrophen widerstandsfähig zu reagieren und sich gleichzeitig weiter in Richtung Nachhaltigkeit umzugestalten. Die resiliente Stadt soll robust und anpassungsfähig sein. Das umfasst im wissenschaftlichen Diskurs Eigenschaften wie Nähe, Redundanz, Agilität und Multifunktionalität, aber auch Fähigkeiten zur Reaktion, zur Innovation oder zur Erholung.

Kommunen müssen Maßnahmen zusammenführen

Aber was bedeutet das in der kommunalen Praxis? Ganz vordergründig bedarf es einer deutlichen besseren Zusammenführung von Maßnahmen der Stadtentwicklung und des Risiko- bzw. Krisenmanagements. Die Corona-Pandemie hat uns aber auch gezeigt, dass funktionsfähige und lebenswerte Städte unter Krisenbedingungen vieles von dem benötigen, was bereits bisher in der integrierten Stadtentwicklung diskutiert wird: Nutzungsmischung, kurze Wege zu Nahversorgung, Kita und Schule, mehr öffentliche Grünflächen, ausreichend große und bezahlbare Wohnungen, gute Rad- und Fußwegeverbindungen und vieles mehr. Wenn man diese Erkenntnisse in der lokalpolitischen Diskussion geschickt nutzt, kann die Lebensqualität in den Städten deutlich verbessert werden. Und es wird noch deutlicher, dass es einer aktiven kommunalen Bodenpolitik bedarf. Denn mehr Grün, redundante Infrastrukturen und Raum für Unvorhergesehenes braucht eine Vorsorge an kommunal verfügbaren Grundstücken.

Kirchen einbinden

Zu den Empfehlungen des Memorandums gehört aber auch, dass Städte die Quartiersebene stärker in den Fokus der Stadtentwicklung nehmen und dabei die Partizipation von Zivilgesellschaft stärken sollen. Im Memorandum steht dazu: „Eine besondere Rolle kommt gerade in Krisensituationen dem Quartier zu. Quartiere sind räumliche „Zwischenebenen“ der direkten Betroffenheit, des Engagements von unten und der Regulation von oben. […] Eine resiliente Stadt fußt maßgeblich auf einer mündigen und handlungsfähigen Gesellschaft. Diese kann nur erreicht werden, wenn Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, Wissenschaft, der Politik, der Kirchen und anderer Religionsgemeinschaften, der Sportvereine und der Verwaltung mitwirken und zusammenarbeiten.“
An dieser Stelle setzt auch die Gemeinwesenorientierung kirchlicher Arbeit an. Kirche gestaltet das gesellschaftliche Leben vor Ort mit, bietet Raum für Kommunikation und Unterstützung in der Nachbarschaft, arbeitet aber auch mit Initiativen und Vereinen zusammen. Damit leistet sie auch einen kleinen Beitrag, dass Städte und Gemeinden mit ihrem Gemeinwesen in Krisensituationen robust und anpassungsfähig – also resilient – sind.

[<< zurück]